

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Oktober 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 984 Postulat Candan Hasan und Mit. über den Ausbau der Photovoltaik an Autobahnlarmschutzwänden und Raststätten / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Hasan Candan hält an seinem Postulat fest.

Hasan Candan: Ich finde es schade, dass die Regierung die Ablehnung meines Postulats beantragt, denn es geht um eine wichtige Massnahme. Auch auf eidgenössischer Ebene wird darüber diskutiert, an welchen Orten es sinnvoll ist, die Solarenergie auszubauen. Es macht sicher dort Sinn, wo wir schon gebaut haben, etwa auf Hausdächern, Parkplätzen oder Lärmschutzwänden. Das Bewerbungsverfahren des Bundesamtes für Strassen (Astra), auf das sich mein Postulat bezieht, ist bereits abgeschlossen. Ich hatte diesen Vorstoss dringlich eingereicht, aber die Regierung und unser Rat haben den Antrag auf Dringlicherklärung abgelehnt. Weiter fordere ich mit dem Postulat, dass der Nutzen der im Kanton Luzern produzierten Solarenergie für den Kanton Luzern sicherzustellen ist. Das ist eine ständige Aufgabe. Wenn die Regierung nun erklärt, es handle sich um eine ständige Aufgabe, die sie ja wahrnehme, dann stimmt das nicht. Die Regierung macht sich zu wenig stark für den Ausbau der Solarenergie, welche zusammen mit der Wasser- und Windkraft die zentrale erneuerbare Energie ist, die wir fördern müssen, auch in unserem Kanton. Das Bewerbungsverfahren ist also bereits erfolgt, wahrscheinlich hat kein Unternehmen aus dem Kanton Luzern gewonnen, sondern die Axpo oder die BKW-Gruppe. Bei der Ausschreibung ging es aber nur darum, wer bauen darf. Ich denke dabei an die Autobahnlarmschutzwände in Knutwil, dort werden Solarkollektoren angebracht. Früher hat sich die Regierung immer für öffentlich-private Partnerschaften (PPP) stark gemacht. Sie könnte also bei der BKW-Gruppe oder bei der Axpo anklopfen und verlangen, dass dieser Strom beispielsweise zusammen mit den Gemeinden Knutwil, St. Erhard oder Dagmersellen produziert wird. So müssen etwa Zuleitungen gebaut werden, das erfolgt auf dem Boden der Gemeinden. Die Betreiber sind also auch auf die Gemeinden angewiesen. Das ist auch ein Argument. Ich halte an meinem Postulat fest, weil ich immer noch der Meinung bin, dass die Regierung dafür besorgt sein soll, dass die Solarenergie, die an diesen Lärmschutzwänden produziert wird, auch den umliegenden Gemeinden wie Dagmersellen oder Knutwil zugutekommt.

Simon Howald: Um die gesetzten Ziele des kantonalen Klima- und Energieberichtes zu erreichen, unterstützt die GLP-Fraktion den breiten Ausbau von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) im Kanton Luzern. Alle Akteure sollen einen Beitrag leisten und die Gewinnung von erneuerbarer Energie vorantreiben. Ebenfalls begrüssen wir das Bewerbungsverfahren

seitens des Bundes für den Bau von PV-Anlagen von Dritten. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, die ungefähr 350 Lärmschutzwände und 100 Rastplätze für einen Ausbau zur Gewinnung von Solarstrom zu nutzen. Jedoch bevorzugen wir es, dass sich nicht der Kanton Luzern, sondern die erfahrenen Luzerner Unternehmungen auf solche Ausschreibungen bewerben und hoffentlich auch den Zuschlag erhalten. Dadurch kann die Umsetzung effizient und effektiv erfolgen, und die Luzerner Wirtschaft profitiert von der Wertschöpfung. Wir sehen es nicht als Aufgabe der kantonalen Verwaltung, für ein solches Vorhaben kompetente Organisationseinheiten aufzubauen. Das wäre unserer Meinung nach weder sinnvoll noch effizient. Schlussendlich ist das Bewerbungsverfahren gemäss Webseite des Astra bereits abgelaufen, und die verschiedenen Lose wurden zugeteilt. Deshalb scheint uns das Postulat obsolet zu sein, und wir lehnen es ab.

Fabian Stadelmann: Der Kanton Luzern hat keine Veranlassung, sich neu zusätzlich bei Energieproduktionen auf dem Eigentum von Dritten zu engagieren oder sich entsprechend mit Investitionen zu beteiligen. Das ist nicht Aufgabe des Kantons, und deshalb lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Ruedi Amrein: Die FDP-Fraktion sieht keine Veranlassung, dass der Kanton an solchen Bewerbungsverfahren teilnehmen soll, sondern er soll das den Privaten überlassen. Der Kanton soll sich bei solchen Fragen weniger einmischen, aber er soll die PV-Energie bei seinen eigenen Anlagen nutzen und sich für den eigenen Bedarf dafür einsetzen. Wir begrüssen es zudem, wenn sich der Kanton für gute Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien einsetzt. Wir lehnen das Postulat ab.

Samuel Zbinden: Aus Sicht der Grünen Fraktion ist es zentral, dass wir den Ausbau von Solarenergie auf bestehenden Infrastrukturen forcieren. Jede produzierte Kilowattstunde entlang von Autobahnen, auf Raststätten oder auf Hausdächern und entlang von Haufassaden ist ein Beitrag für mehr Energiesicherheit und für das Klima. Es ist auch ein Beitrag, um schneller von Öl, Gas und Kohle wegzukommen. Es ist aber vor allem ein Beitrag, damit wir weniger unberührte Landschaften der Stromproduktion opfern müssen. Der Postulant möchte, dass der Kanton am Bewerbungsverfahren teilnimmt. Die Grüne Fraktion begrüsst es sehr, wenn der Kanton proaktiv agiert und nicht einfach nur die Rahmenbedingungen vorgibt. Wenn es um einen schnellen Ausbau der PV-Anlagen auf bestehenden Infrastrukturen geht, kann man gar nicht aktiv genug sein, egal ob als Kanton, Gemeinde oder Private. In diesem Sinn stimmen wir der Erheblicherklärung zu. Welcher Ort wäre besser geeignet als entlang der Autobahn, um den Strom die für Elektroautos der Zukunft zu produzieren? Als das Postulat eingereicht wurde, hätten wir der Dringlichkeit zustimmen können. Es liegt also auch ein Stück weit in unserer Verantwortung, dass wir das nicht getan haben. Damals hätte man noch am Bewerbungsverfahren teilnehmen können. Wir bedauern es, dass dieser Schritt verpasst wurde. Man könnte das Postulat also wegen nicht Erfüllbarkeit ablehnen, oder man sieht es als politisches Zeichen, dass sich der Kanton in Zukunft proaktiver einbringen soll und er kreative Ideen wie jene von Hasan Candan umsetzt und nicht einfach wartet, bis andere Akteure aktiv werden.

Roger Zurbriggen: Wir sehen es auch nicht als Aufgabe des Staates, auf Objekten, die ihm nicht gehören, PV-Anlagen zu betreiben, zu fördern oder sich dahingehend an einem Verfahren zu beteiligen. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat grossmehrheitlich ab. Wir gehen mit der Regierung einig, dass der Kanton, so wie es auch der Bund macht, solche Anlagen ausschreibt und sie nicht selbst betreibt. Der Kanton macht dies bereits auf Immobilien und Infrastrukturen, die ihm gehören. Als Anregung könnte man das Postulat so verstehen, dass der Kanton – analog zur Ausschreibung des Astra – Immobilien, Grundstücke oder Kunstbauten ausschreibt wie Stütz- und Schallschutzmauern entlang von

Kantonsstrassen, die für die Ausrüstung mit PV-Anlagen geeignet sind, und dadurch die Ausrüstung mit PV-Anlagen vorwärtsbringt.

Josef Schuler: Ich kann mich dem Votum von Roger Zurbriggen anschliessen. Der Kanton soll prüfen, welche Möglichkeiten er hat, um PV-Anlagen auszubauen. Es gibt genügend Wände entlang von Bahnstrecken oder Strassen, die mit PV-Anlagen ausgerüstet werden könnten.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss in Vertretung von Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Reto Wyss: Im Grundsatz sind wir mit dem Postulanten einverstanden, aber über den Weg dorthin haben wir schon eine unterschiedliche Haltung. Es ist wichtig, dass solche Projekte zum Fliegen kommen. Sie sind aber nicht gefährdet, denn es haben sich genügend Anbieter an dieser Ausschreibung beteiligt. Wir konzentrieren uns mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln auf unsere Liegenschaften und sind bestrebt, dort ausreichend PV-Anlagen zu realisieren. Das macht mehr Sinn. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 80 zu 22 Stimmen ab.